Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle und 20 Pfg berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 196. **Halle a. S., Montag, den 27. April** **1908.**

Die Nachsession des Reichstages.

Am Dienstag nimmt der Reichstag seine Sitzungen noch einmal auf, wenn auch nur für kurze Zeit. Er hofft in zwei Wochen mit seinem Pensum fertig werden und dann in die Sommerferien gehen zu können. Die Reichsregierung kommt ihm ebenso wie im vorigen Jahre, so auch diesmal entgegen, indem sie ihre Absicht zu erkennen gegeben hat, den Reichstag bis zum Herbst zu vertagen. Die erste Session des im Januar vorigen Jahres gewählten Reichstages wird also im nächsten Winter noch weiter laufen. Das hat den Vorteil, daß die Vorarbeiten einzelner Gesetzentwürfe nicht verloren gehen, es hat aber den Nachteil, daß der Reichstag sich schon bei seinem Wiederzusammentritt vor einem Berge von Vorlagen und Anträgen befindet, von denen große Teile schon Makulatur geworden sind. Da es noch früh im Jahre ist, könnte der Reichstag, wenn nicht länger, so doch sehr gut bis Pfingsten arbeiten; das wäre ein Zeitraum, der völlig ausreichte, um die wichtigeren Vorlagen noch zu erledigen. Aber die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause machen ihm einen Strich durch die Rechnung. Bei der großen Zahl von Abgeordneten, die ein Doppelmandat bekleiden, ist es so gut wie ausgeschlossen, die Beschlußfähigkeit des Reichstages während der Wahlkampagne in Preußen aufrecht zu erhalten; deshalb läßt sich diesmal eine frühe Vertagung kaum vermeiden. Aus diesem Grunde wird sich die Nachsession darauf beschränken, nur die dringendsten Arbeiten zu erledigen. Umfassende Aufgaben wie der Entwurf über die Arbeitskammern und die sehr vielseitige Novelle zur Gewerbeordnung müssen wohl oder übel bis zum nächsten Winter zurückgestellt werden. Ebenso ist natürlich nicht daran zu denken, das Weingesetz, das jetzt vom Reichsamt des Innern der öffentlichen Kritik unterbreitet worden ist, noch zu erledigen. Nur einige kleinere Vorlagen wie die neue Maß- und Gewichtsordnung und das Vogelschutzgesetz, voraussichtlich auch die Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch über die Pflichten des Tierhalters dürften verabschiedet werden. In erster Reihe gilt die Nachsession der Durchberatung der verschiedenen Nachtragsetats. Noch haben die Reichsbeamten nicht die versprochenen Teuerungszulagen erhalten. Ebenso muß die etatsrechtliche Grundlage für den Postscheckverkehr geschaffen werden. Endlich steht die Verabschiedung der Forderung für die Kolonialbahnen noch aus. Die Kommission hat sich bekanntlich im wesentlichen den Vorschlägen des Kolonialsekretärs Dernburg angeschlossen; indessen fehlt es innerhalb der nationalen Parteien noch an abweichenden Wünschen. Vor allem dürfte der Versuch gemacht werden, die ostafrikanische Südbahn wenigstens im Prinzip durchzusetzen. Sonst aber ist das Pensum, das der Reichstag noch erledigen will, nicht gerade aufregend. Die Blockparteien haben diesmal kaum zu besorgen, daß ihnen unüberwindliche Hindernisse entgegentreten. Denn sie bewilligen vorläufig neue Ausgaben, während sie die Deckungsfrage auf den Herbst verschieben. Immerhin ist nicht zu übersehen, daß durch die Nachtragsforderungen das Defizit des Reiches abermals um mindestens 50 Millionen erhöht wird. Auch für diese Summe muß die Reichsfinanzreform aufkommen. So weist auch die an sich harmlose Nachsession auf die Notwendigkeit hin, endlich Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen.

Deutsches Reich.

Der Fall Eulenburg.

In der Mitteilung, die das Wolffsche Bureau zum Fall Eulenburg verbreitet, heißt es, daß bei der Berliner Staatsanwaltschaft alsbald nach Abgabe der jetzt angefochtenen eidlichen Zeugenaussagen des Fürsten Eulenburg ein umfassendes Ermittelungsverfahren über etwaige sexuelle Verfehlungen des Fürsten angestellt worden sei, bisher aber ohne Ergebnis, wenn man nicht die den Berliner Behörden schon bekannten und „durchaus unzureichenden" Aussagen des Zeugen, Milchhändler Riedel in München als solche ansehen wolle. Zu dieser extra verdünnten und offiziös von Wolff überraschend schnell weiter gegebenen Meldung sagt der Münchener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung":

Diese Fassung der Notiz ist höchst merkwürdig. Man hat jetzt von verschiedenen Seiten versucht, den Zeugen Riedel als unglaubwürdig hinzustellen. Man hat ihm ein langes Strafregister vorgehalten und damit Eindruck zu erwecken versucht. Diese Versuche sind völlig verfehlt. Der Zeuge Riedel, dessen Vorstrafen fast nur geringe Haftstrafen sind, ist gewiß etwas hitzköpfig und leicht erregbar, aber es muß doch betont werden, daß er in der Verhandlung den denkbar besten Eindruck machte. Seine ursprüngliche Redeweise, sein sicheres Erinnerungsvermögen und seine Aufrichtigkeit auch in Dingen, die ihn selbst belasten konnten, nahm allgemein für seine Glaubwürdigkeit ein. Nun heißt es aber in der Berliner Mitteilung, daß man seine Aussagen als unzureichend ansehe, nicht etwa nur als unzuverlässig. Daraus müßte man eigentlich den Schluß ziehen, daß man in Berlin überhaupt das ganze Ergebnis des Münchener Prozesses als unzureichend ansehen wolle, denn der Zeuge Ernst hat nichts bekundet, was der Zeuge Riedel schon gesagt häte. Der Wert seiner Zeugenaussage besteht nur darin, daß er auch dieselben schweren Verfehlungen des Fürsten Eulenburg unter Eid bezeugte. Wenn aber die Berliner Staatsanwaltschaft behauptet, daß sie alsbald nach der Eidesabgabe des Fürsten Eulenburg ein gründliches Ermittelungsverfahren eingeleitet habe, so dürfte ihr der Beweis hierfür doch nicht ganz einwandsfrei gelingen. Eine Probe, wie sie vorgegangen ist, hat man ja in München. Sie ließ die Vernehmung des Zeugen Riedel durch die Münchener Polizei besorgen, die sich dieser Aufgabe in wahrhaft grandioser Weise erledigte. Zuerst vernahm man den Riedel, ein zweites Mal ließ man ihn ein Protokoll unterschreiben und ein drittes Mal las man ihm seine Strafliste vor. Voilà tout! Wenn die Berliner Staatsanwaltschaft lauter so tüchtige Hilfsorgane hat, dann begreift man, daß sie nichts herausbekam. Die Münchener Polizei kam übrigens auch in der Verhandlung nicht gut weg. Der Polizeikommissär sollte über den Charakter des Riedel aussagen. Er sagte, Riedel sei ein rachsüchtiger Denunziant und er traue ihm zu, daß er seine Aussage frei erfinden könne. Und woher hat dieses Polizeiorgan seine genaue Kenntnis über den Charakter des Riedel? Aus Mitteilungen von Schutzleuten und aus der Tatsache, daß Riedel zweimal eine Anzeige machte, der die Polizei keine Folge gab. Persönlich kannte der Kommissär den Riedel gar nicht. Man weiß nachgerade, daß in der Münchener Polizei nicht alles zum besten bestellt ist; die Fälle von Bloßstellungen dieses Instituts haben sich aber in der letzten Zeit in einer Weise gehäuft, die eine gründliche Reform als dringend notwendig erscheinen läßt.

Der Moltke-Hardenprozeß

wird demnächst ein neues gerichtliches Nachspiel zeitigen. Abgesehen von dem neuen Prozeß, der die notwendige Folge der Aussagen der Zeugen Ernst und Riedel im letzten Münchener Prozeß war, werden sich wegen Beleidigung des Amtsrichters Kern, der in dem im Oktober 1907 verhandelten Beleidigungsprozeß Moltke-Harden den Vorsitz führte, in nächster Zeit einige Personen zu verantworten haben. Die Angeklagten sollen die sinnlose Behauptung verbreitet haben, Amtsrichter Kern habe sich von Harden bestechen lassen. Kern und Harden sind als Zeugen geladen.

Der letzte Teil der Gedanken und Erinnerungen Bismarcks.

Von zuverlässiger Seite wird der „Magdeb. Ztg." mitgeteilt: Die in der „Tribuna" erschienenen und von einer Anzahl deutscher Blätter wiedergegebenen sogenannten Enthüllungen über den letzten Teil der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" (Memoiren") beruhen durchweg auf Erfindung. Dies gilt ganz besonders von den mitgeteilten Kapitelüberschriften des angeblich in Zürich befindlichen Manuskripts. Sie sind Wort für Wort falsch — woraus schon erhellt, daß es sich nicht um eine Abschrift des echten Manuskripts handeln kann. Erfunden ist auch die Behauptung von einem Einspruche des Kaisers. Das Manuskript des dritten Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" befindet sich in sicherer Verwahrung. Die Veröffentlichung des Bandes kann auf Grund getroffener Vereinbarung erst in späterer, heute nicht näher zu bestimmender Zeit erfolgen.

Die Neuordnung der Fernsprechgebühren.

Im Reichspostamte fand kürzlich über die Neuordnung der Fernsprechgebühren mit Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks eine Besprechung statt. Für die Abschaffung der Pauschgebühren wurden 15 Stimmen, für die Beibehaltung einer gestaffelten Pauschgebühr 12 Stimmen abgegeben. Der Antrag, die Grundgebühr in Grenzen bis zu 500 Anschlüssen auf 40 Mk. herabzusetzen, im übrigen aber so zu lassen, wie in der Denkschrift vorgeschlagen, gelangte mit 14 gegen 13 Stimmen zur Annahme. Mit allen gegen 1 Stimme wurde die Herabsetzung der Gesprächsgebühr von 5 auf 4 Pfennig befürwortet, dagegen die weitere Staffelung durch Herabsetzung um ½ bezw. 1 Pfennig bei größerer Gesprächszahl mit 18 gegen drei Stimmen abgelehnt. Dagegen, daß der Teilnehmer sich von dritten für das Gespräch im Ortsverkehr einen Betrag bis in Höhe von 10 Pfennig soll erstatten lassen dürfen, wurden Bedenken nicht erhoben.

Die Postscheckvorlage.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin haben in Sachen des Post-Ueberweisungs- und Scheckverkehrs eine Eingabe an den Staatssekretär des Reichspostamtes festgestellt, in der die Einführung des neuen Verfahrens mit Genugtuung begrüßt, aber auf die Notwendigkeit einfacher Organisation und niedriger Gebühren hingewiesen wird, welchen Erfordernissen der vom Reichspostamt aufgestellte Entwurf nur zum Teil genüge. Bedenken werden in erster Linie gegen die Gebühr von 5 Pfg. bei Bareinzahlungen für je 500 Mark oder einen Teil dieser Summe erhoben. Die Allgemeinheit wird nach Ansicht der Aeltesten kaum verstehen, daß für zinsfreie Hergabe eines Geldbetrages eine Gebühr von 5 Pfg. zu entrichten ist. Diese würde für weite Schichten der Bevölkerung, welche die ihnen täglich zufließenden Einnahmen auch täglich oder doch in kurzen Zwischenräumen dem Postscheckkonto gutbringen möchten, eine empfindliche Belastung bedeuten und leicht dazu führen, daß Einzahlungen seltener erfolgen oder auch ganz unterbleiben. Möglichst zahlreicher Bareinzahlungen bedürfe es aber, um den neuen Geschäftszweig lebensfähig zu machen; deshalb sollte die Gebühr hierfür so niedrig wie möglich bemessen und nicht höher festgesetzt werden, als diejenige, welche für Uebertragungen von einem Konto auf ein anderes gelten soll, nämlich 3 Pfg. für jede Buchung. Für eine Ermäßigung der Gebühren für Barrückzahlungen, d. i. außer einem festen Satz von 5 Pfg. ein Achtel, nach den neuesten Beschlüssen der Budgetkommission ein Zehntel vom Tausend der auszuzahlenden Beträge liegt nach Ansicht des Aeltesten-Kollegiums eine Veranlassung nicht vor, da im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der Einrichtung von baren Rückzahlungen an die Kontoinhaber ein möglichst geringer Gebrauch gemacht werden sollte. Schwere Bedenken hegen die Aeltesten hinsichtlich der Bestimmung, wonach in denjenigen Fällen, in welchen der Kontoverkehr eines Kontoinhabers jährlich mehrals 600 Buchungen erheischt, für jede weitere Buchung außer den gewöhnlichen Gebühren noch ein Zuschlag von 7 Pfg. erhoben werden soll. In dieser Vorschrift komme ein für die Verkehrsentwickelung ganz ungesundes Prinzip zum Ausdruck. Während man meinen sollte, daß der Behörde eine recht rege Benutzung der neuen Einrichtung erwünscht sei, erlasse sie Bestimmungen, die genau das Gegenteil herbeiführen müssen. Der Zuschlag sei umsoweniger gerechtfertigt, als Kontoinhaber mit lebhaftem Verkehr in der Regel ein höheres Guthaben halten werden und schon hierdurch dem Reiche höhere Zinseinnahmen bringen, als die Teilnehmer mit geringem Umsatz.

Wie man Segen schafft!

Ueber die Segnungen des neuen Schulunterhaltungsgesetzes weiß die „Pr. Lehrerztg." ein interessantes Beispiel zu berichten. Auf dem Kreistage des Kreises Jauer in Schlesien wies der Kreistagsabgeordnete Buchdruckereibesitzer Bursch beim Bericht über die Tätigkeit des Kreisausschusses darauf hin, daß die Verteilung der Schullasten (§ 19 des Gesetzes) in verschiedenen Landgemeinden böse Mißstimmung hervorgerufen habe. Die Leistungsfähigkeit verschiedener Gutsbezirke sei nicht richtig beurteilt worden, so daß sie so gut wie gar nichts zu den Schullasten beitragen. So sei der Gutsbezirk Dittersdorf als leistungsunfähig erachtet worden, und es werden ihm von den 253 Mark jährlich betragenden Schullasten 200 Mark vom Staate zu Hilfe gegeben. Der Gutsbezirk Peterwitz (Gut des Grafen v. Rothenburg, das für 21 000 Mark verpachtet und als Forense nur mit 3000 Mark zur Einkommensteuer herangezogen ist) erhält über 400 Mk. als leistungsunfähiger Gutsbezirk!! Aehnlich ist es mit den Gutsbezirken Prischwitz, Projen, Maltisch. Dagegen erhält die wirklich leistungsunfähige Gemeinde Dittersdorf keine Beihilfe. Und diese Beihilfe wird nach dem Gesetz immer gleich auf fünf Jahre gewährt. Der Vorsitzende, Landrat v. Hense, mußte den Sachverhalt zugeben, meinte aber, daß der Kreis nichts dabei tun könne, da es sich um Angelegenheiten der Landesverwaltung handle.

Parteinachrichten.

Reichstagsabg. Dr. Wiemer über die Blockpolitik und die Fraktionsgemeinschaft der freisinnigen Parteien.

Hamburg, 26. April. Zur Einleitung des heute in Altona stattfindenden Parteitages der Freisinnigen Volkspartei wurde gestern abend eine sehr stark, auch von Sozialdemokraten besuchte öffentliche Versammlung abgehalten. Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Wiemer besprach das Ergebnis der Blockpolitik im Reichstage und konstatierte die Fortschritte, die durch das Vereins- und Börsengesetz erzielt worden seien. Die Fraktionsgemeinschaft der bürgerlichen Linksparteien sei sich der Verantwortung einer ausschlaggebenden Partei bewußt gewesen, und habe daher den Kompromissen zugestimmt, aber sie habe auch nicht vergessen, welche Verantwortung sie der Zukunft des Liberalismus gegenüber habe, und habe von ihren Grundsätzen nichts aufgegeben. Weder die Sozialdemokratie noch das Zentrum seien berufen, an die Pflichten des entschiedenen Liberalismus zu erinnern. Die Fraktionsgemeinschaft habe sich bewährt. Die Fraktionsmitglieder seien in Frankfurt zu Unrecht angegriffen worden. Die Fraktionsgemeinschaft habe Vorzügliches geleistet und Erreichbares durchgesetzt. Die Fraktionsgemeinschaft werde daher aufrecht erhalten bleiben, und da die drei Parteien sich in allen Fragen durchaus einig seien, so werde sich vielleicht bald ein völliger engerer Zusammenschluß ermöglichen lassen, wenn auch dabei auf die Form kein besonderes Gewicht zu legen sei. Das Zusammengehen der drei Parteien schließt natürlich die Kritik nicht aus, nur müßten dabei innerhalb der freisinnigen Parteien gehässige Angriffe unterbleiben.

*

Hagen, 27. April. Seit längerer Zeit schwebten zwischen den Nationalliberalen Partei und der Freisinnigen Volkspartei Verhandlungen, die ein die ganze Provinz umfassendes Kompromiß beider Parteien für die bevorstehende Landtagswahl zum Gegenstand hatten. Nach eingehenden Erörterungen der Vertreter der Provinzialverbände und der örtlichen Wahlausschüsse ist dieses Kompromiß nunmehr, wie wir in der „Köln. Ztg." lesen, zustande gekommen.

Aus den Kolonien.

Das „Kolonialblatt" brachte dieser Tage einen längeren Bericht des Gouvernementssekretärs Merz über eine Reise nach den Salomonsinseln und Neumecklenburg-Süd. Aus mehreren Stellen dieses Berichts geht die erfreuliche Tatsache hervor, daß die Eingeborenen zu unserer Verwaltung mehr und mehr in ein friedliches, vertrauensvolles Verhältnis kommen. Man erwartet am Strande die Ankunft der Regierungsvertreter,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080427016/fragment/page=0001

man ist zu einem regen Tauschverkehr — der stellenweise mit Sonnenaufgang beendet sein muß — bereit, man schafft einen alten Mann, der einen Stammesgenossen durch Zauberei getötet haben soll, an Bord des Regierungsdampfers, anstatt ihn, wie früher, kurzerhand umzubringen, man läßt sich willig zu umfangreichen Wegebauten heranziehen und erklärt sich bereit, in einer neu anzulegenden Pflanzung zu arbeiten. Daß am Aropaflluß der Boden für Gummikultur äußerst geeignet ist, darf als nicht minder erfreulich bezeichnet werden.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke traf in München-Gladbach zu einer Besprechung über den geplanten Erweiterungsbau des Hauptpostamts ein.

— Der amerikanische Botschafter in Berlin, Charlemagne Tower, ist jetzt von seiner Privatwohnung nach dem „Hotel de Rom" übergesiedelt, wo er bis auf weiteres das erste Stockwerk gemietet hat.

— General v. Voigt, der bisherige Mainzer Gouverneur, hat sich nach Hildesheim zurückgezogen und tritt, wie bereits vor einiger Zeit von der „Mil.-pol. Korrespondenz" gemeldet worden war, in den Aufsichtsrat der „Hildesheimer Bank" ein.

— Die Düsseldorfer Regierung versagte der von der Bürgermeisterei Eller vorgenommenen Aufbesserung der Gehälter der Lehrer ihre Genehmigung mit der Begründung, daß die bisherigen Besoldungen angemessen seien.

— Die Fahrt der Geistlichen nach England wird, wie schon berichtet, am 26. Mai in Bremen beginnen und am 3. Juni zu Ende gehen. Möglicherweise werden aber eine Anzahl Teilnehmer ihren Aufenthalt ausdehnen und Schottland besuchen, von wo zahlreiche Einladungen bereits vorliegen.

— Die oldenburgische Regierung hat die Wahl des Beigeordneten Andreas in Neuende nicht bestätigt, weil dieser öffentlich als Sozialdemokrat hervorgetreten sei. Die Gemeindevertretung wählte nunmehr den Landwirt Müller-Altenhof zum Beigeordneten. — Dabei hat die oldenburgische Regierung doch in Bant den Beweis, daß, selbst wenn die Sozialdemokraten die Majorität im Gemeinderat haben, alles seinen ordnungsgemäßen Gang gehen und die Verwaltungsmaschine tadellos funktionieren kann.

— Die hessische Regierung versagte durch Entschließung vom 22. April den drei in letzter Zeit im Großherzogtum Hessen zu Bürgermeistern oder Gemeindevorstehern gewählten Sozialdemokraten die Bestätigung.

Heer und Flotte.

— **Der Teegenuß im deutschen Heere** soll, wie die „Mil.-pol. Korrespondenz" erfährt, auf Anregung des Kaisers hin noch mehr als bisher gefördert werden. In vielen Kantinen, besonders bei den Garde-Regimentern, wird Tee schon lange regelmäßig abgegeben und von den Leuten gern getrunken. Die neue Felddienstordnung trägt den kaiserlichen Bestrebungen in diesem Sinne jetzt dahin Rechnung, daß sie die Ausgabe von Tee (neben dem Kaffee) durch die fahrenden Feldküchen auf langen Märschen als „ratsam" bezeichnet.

Daß die Errichtung eines zweiten lothringischen Armeekorps beabsichtigt ist, wird (nach mehrfachen Dementis) seitens der Heeresverwaltung zugestanden. Nach der „Mil. Pol. Korr." soll indessen die geplante Neuformation nicht vor der Bewilligung des neuen Sextennats im Jahre 1910 zur Tatsache werden. Zu dem neuen Korps soll unter anderem auch die 39. Division treten, die in Colmar im Elsaß steht und jetzt zum XIV. (badischen) Armeekorps gehört. Ferner dürften zwei Infanterie-Regimenter aus Rheinland-Westfalen in den neuen Korpsverband überführt werden. Eine ähnliche Neugliederung steht im Osten bevor. Aus der 37. Division (Allenstein), Teilen des II. (pommerschen) und XVII. (westpreußischen) Korps und einigen Formationen, die noch durch die Heeresvorlage von 1910 anzufordern sind, soll ein neues Armeekorps geschaffen werden, dessen Generalkommando den Sitz in Allenstein haben wird.

— Der englische Infanterieoffizier war seit dem Burenkrieg für den Felddienst mit einem Karabiner bewaffnet. Jetzt hat das Heeresamt eine Verordnung erlassen, wonach in Zukunft die Kriegsbewaffnung auch der nicht berittenen Subalternoffiziere aus Säbel und Mehrladepistole bestehen soll. Alle Karabiner im Besitze von Offizieren werden an die Zeughäuser abgegeben.

Nationalliberaler Delegiertentag.

Magdeburg, 26. April.

Mehr als 300 Abgeordnete aus allen Teilen der Monarchie haben sich am Sonntag vormittag in Magdeburg zum preußischen Vertretertag zusammengefunden. Abg. Geh. Reg.-Rat Dr. Friedberg führte aus:

M. H.! Die Schwierigkeiten der Blockpolitik sind allmählich überwunden worden. Den Blockparteien ist es vergönnt gewesen, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet Erfolge zu erzielen. Die beste Anerkennung war das Wort mißvergnügter Gegner, man sei bei der Beratung von Vereinsgesetz und Börsengesetz

auf den Block wie auf eine granitene Mauer

gestoßen. Ein Erfolg der Blockpolitik ist auch die Abstoßung jener quasiliberalen Quertreiber gewesen, die durch ihre mißgünstige Kritik nur der Sozialdemokratie nützten. Mit Stolz darf die Nationalliberale Partei bekennen, daß es ihr gelungen ist, jene Vermittlerrolle zu spielen, die in ihrem Wesen liegt. Freilich von einer Rückwirkung der Blockpolitik auf die Einzelstaaten, auf Preußen, ist bisher nicht die Rede gewesen. Man hat zwar ab und zu mit den Freikonservativen zusammenarbeiten können; auch die Regierung hat ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Aber was die liberalen Parteien in Preußen erreicht haben, haben sie nicht dem Block, sondern allein ihrer eigenen Kraft zu verdanken.

Warum nun diese Unfruchtbarkeit der Blockpolitik in Preußen? An der Ueberspannung der Forderungen der Nationalliberalen hat es nicht gelegen. Wir haben in Preußen jede mögliche Rücksicht auf den Block genommen. Der Grund der Unfruchtbarkeit lag wohl darin, daß die mächtige konservative Partei in Preußen nicht gewillt ist, ihre Herrenstellung aufzugeben. Sie war auch nicht geneigt, einen Bruch mit dem Zentrum vorzunehmen. Man wollte sich offenbar die Möglichkeit einer doppelten Mehrheitsbildung wahren.

Man glaubt vielfach, daß die Regierung und die mit ihr verbündeten Parteien eine Germanisierung der Polen anstrebten. Nichts liegt uns ferner. Der einzige Gesichtspunkt ist der der nationalen Selbsterhaltung. Wir haben die Pflicht, daß alle Maßregeln getroffen werden, diese Landesteile unserem Volke zu erhalten. Wir müssen diese Gegenden so sehr mit deutschen Elementen durchsetzen, daß selbst in kritischen Zeiten ihre Abtrennung von der Monarchie undenkbar ist. Das ist der eigentliche Grund der Ansiedlungspolitik. Die Zustimmung zur Enteignung ist uns nicht leicht geworden. Aber die Gesamtheit hatte den Einzelinteressen vorzugehen. Wir hoffen, daß andere Maßregeln nicht nötig sein werden. Aufhören muß, was Bernhard in seinem bekannten Buche angedeutet hat; daß einfach an den Polen vorbeiregiert wird. — Was die großen wirtschaftlichen Fragen angeht, so werden sie im Reich entschieden. Immerhin hat der Einzelstaat daneben eine wichtige ergänzende Tätigkeit zu üben. Die Landwirtschaft befindet sich in einer günstigen Entwicklung. Der Zollschutz, für den die nationalliberale Partei des Reichstags eingetreten ist, gehört zu den Hauptursachen des Aufschwunges. (Bravo!) Eine Reihe von Schwierigkeiten ist übrig geblieben, vor allem in der Landarbeiterfrage. Hier sucht die innere Kolonisation einzugreifen; ihr Grundgedanke ist, kleine Landstellen zu schaffen und Familien anzusiedeln, die ihre überschüssige Arbeitskraft anderweitig verwenden. Die nationalliberale Partei ist von jeher für die Bewilligung aller Mittel zur Durchführung der Kolonisation eingetreten.

Besondere Fürsorge verlangt der Mittelstand,

unter dem hier zunächst der mittlere und kleinere Gewerbebetrieb verstanden wird. Wenn man bloß auf die Produktion sieht, kommt man vielleicht dazu, in mancher Beziehung den Großbetrieb vorzuziehen, aber man muß alle volkswirtschaftlichen Probleme auch unter dem Gesichtspunkte der Verteilung betrachten. Eine breite Schicht von selbständigen Gewerbetreibenden verdient unter diesem Gesichtspunkt den Vorzug vor dem Zustande, daß eine Anzahl großer Kapitalisten einer Masse von ihnen abhängiger Arbeiter gegenübersteht. Der Mittelstand ist im Zunehmen begriffen; das beweist die Gewerbe- und Einkommensteuerstatistik. Wir sind nun im Landtag dafür eingetreten, daß den durch das Reichshandwerksgesetz geschaffenen Organisationen (Handwerkskammern usw.) die notwendigen Fonds zur Verfügung gestellt und daß die Zuschüsse des Staates zum gewerblichen Genossenschaftswesen erhöht werden. Hierher gehört auch die Förderung der Meisterkurse, des gewerblichen Unterrichtswesens usw.

Wenn es nun solche Parteien gibt — ich will nicht ausschließen, daß andere in derselben Richtung vorgehen — ist es da nötig, daß sich eine

eigene Mittelstandspartei

bildet? Sollte es nicht gerade Aufgabe des Mittelstandes sein, auf die alten politischen Parteien einzuwirken, daß sie mittelständische Interessen vertreten? Die neuen Bildungen haben das gegen sich, daß sie etwas Aehnliches sind wie die Sozialdemokratie, nämlich eine Klassenpartei.

Dem Handel ist durch Verabschiedung des Börsengesetzes im Reiche ein Dienst erwiesen worden. Manches hat auch hier die einzelstaatliche Verwaltung zu tun. Ich will freie Bildungen wie Offiziersvereine und Beamtenvereine selbstverständlich nicht bekämpfen, aber sie dürfen nicht von oben her einseitig begünstigt werden. Zum Mittelstande gehören ferner auch die Privatbeamten. Für ihre Versicherung ist im Reiche zu sorgen; für die Ausgestaltung im einzelnen wird der Einzelstaat manches zu tun haben. Die Beamten bedürfen einer Aufbesserung der Besoldung. Die in der Thronrede angekündigte Vorlage ist nicht gekommen. Ihr Ersatz, der Entwurf über die einmaligen Zulagen, war ein

„Stückwerk der schlimmsten Art".

Die Beamten spüren begreiflicherweise die Neigung, sich fester zu organisieren und auch Beamtenkandidaten für die Wahlen aufzustellen. Mit einem Vorgehen der Regierung, durch das den Beamten in dieser Beziehung Schranken auferlegt werden sollten, könnten wir uns in keiner Weise einverstanden erklären. Wir verlangen bei der bevorstehenden Besoldungsreform Gleichstellung aller derjenigen, deren Vorbildung gleich und deren Tätigkeit gleichwertig ist. Das gilt für die akademisch gebildeten Beamten; Verwaltungsbeamte, Richter Oberförster, Oberlehrer usw. müssen in ihren Bezügen gleichgestellt werden.

Auch für die Volksschule muß der Grundsatz der Freiheit gefordert werden. Die Freiheit, versteht sich, von fremden Einflüssen. Denn unwahr ist es, daß wir die Religion aus der Volksschule verbannen wollten. Wir haben immer nur behauptet, daß Kirche und Schule zwei vollständig getrennte Gebiete sind. Was soll eine Beaufsichtigung der Schule durch Geistliche, die pädagogisch lange nicht genug ausgebildet sind, um solche Aufsicht ausüben zu können? Wir bleiben dabei, daß die Ortsschulaufsicht bei richtiger Ausgestaltung der Kreisinstanz entbehrlich ist. Wir werden ferner, um der Landflucht der Lehrer entgegenzuwirken, für eine Gleichstellung der Land- und Stadtlehrer einzutreten haben. Eine Regelung der Lehrerbesoldung nach der Skala: flaches Land, kleine Orte, Großstädte, werden wir, das darf ich erklären, rundweg ablehnen. Wir müssen möglichst große Staatszuschüsse fordern. Gestatten Sie mir, im Anschluß daran noch die Frage des

höheren Mädchenschulwesens

zu behandeln. Sie hat bislang eine starke Verschleppung erfahren. Nunmehr aber, nachdem die Dinge einigermaßen in Fluß gekommen sind, hat die Staatsregierung die Pflicht, nicht zu zögern, sondern die Angelegenheit ihrer Regelung entgegenzuführen. Wir verlangen für die Frau eine gleichwertige Bildung, die ja daneben auch den Besonderheiten der weiblichen Individualität Rechnung tragen mag.

Diese Aufgaben verlangen ja nun besondere finanzielle Mittel. Der Finanzminister sagt: Wenn Sie das wollen, dann ist eine

Erhöhung der Einkommensteuer

notwendig. Das verdient denn doch eine Nachprüfung. Der preußische Etat hängt bekanntlich sehr von den Eisenbahneinnahmen ab. Der Herr Finanzminister legt Wert darauf, das Extraordinarium zu verstärken, in das er alles mögliche hineinstopft. Wenn man das tut, muß man, um den Etat balanzieren zu können, knappe Ansätze machen. Das macht der Herr Finanzminister merkwürdigerweise im Ordinarium. Ein solches Extraordinarium wirft seine Schatten auf das ganze Finanzgebahren. Es ist dazu geeignet, Ueberschüsse verschwinden zu lassen und Defizite zu erzeugen. Darum muß man sich zunächst mit dem Extraordinarium des Eisenbahnetats auseinandersetzen. Angesichts der Finanzlage ist Sparsamkeit geboten. Wenn der Landtag um Bewilligung kostspieliger Pläne zur Umgestaltung des Brandenburger Tores angegangen würde, so können Sie überzeugt sein, daß wir Widerstand leisten würden. (Bravo!)

Ein etwas mehr bürgerlicher Zug sollte in die Verwaltung hineinkommen.

Zur höheren Verwaltung besteht nicht die wünschenswerte Zugänglichkeit. Familie und Verbindungen spielen eine große Rolle. Von den in den Jahren 1903 bis 1905 angenommenen Regierungsreferendaren waren im Jahre 1906 155 Söhne von Offizieren, 135 von höheren Verwaltungsbeamten, 113 von sonstigen höheren Staatsbeamten, nur 4 Söhne von mittleren Beamten und 19 Lehrersöhne. Die Bevorzugung des Adels ist ein Kapitel für sich. Diese Unterschiede gehören größtenteils zum alten Eisen.

Es knüpfte sich unmittelbar an der Bericht des Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Geh. Rats Dr. Krause über die

Reform des preußischen Landtagswahlrechts.

Aus der mit reichem Tatsachen- und Zahlenmaterial unterstützten Rede sei folgendes hervorgehoben:

„Man kann sich kaum vorstellen, daß es noch sonderbare Schwärmer gibt, die die Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts bestreiten. Reformbedürftig ist die Einteilung der Wahlbezirke und das Wahlsystem. Eine Wahlkreiseinteilung, die vor 50 Jahren gemacht worden ist, kann ja gar nicht mehr zeitgemäß und richtig sein.

Nicht richtig wäre es nun freilich, lediglich nach der Zahl der Bevölkerung die Wahlbezirke einzuteilen. Das wäre zu mechanisch. Abg. Hobrecht hat vor vielen Jahren einmal ausgesprochen: maßgebend muß sein Land und Leute. Das ist richtig. Das Land leidet heute vielfach unter dem Abströmen der Bevölkerung nach den Städten; nun noch seinen politischen Einfluß herabmindern, in dem man lediglich die Zahl zur Grundlage macht, wäre hart und ungerecht. Die Landwirtschaft ist unser ältestes Gewerbe, gibt uns noch immer die tüchtigsten Rekruten und hat ihre besonderen Verdienste, wie Handel und Gewerbe ihre Verdienste haben. Es muß da eine Mitte gezogen werden.

Das Historische dürfen wir nicht an die Wand drücken, aber auch die neuen Bevölkerungsschichten und die große Bedeutung, die Industrie und Handel gewonnen haben, dürfen nicht vernachlässigt werden. Haben, so fragte Abg. Krause, nachdem er die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Bevölkerungszahl und Klasseneinteilung geschildert hatte, der Mittelstand und die unteren Schichten da noch den Einfluß, der im Interesse des Staates wünschenswert ist? Unser Staatsleben bedarf, je mehr es sich entwickelt, desto mehr der Mitwirkung aller Kräfte, namentlich auch der Kräfte aus den unteren Schichten des Volkes. Die bisherige Abstinenz von den Wahlen ist die größte Verurteilung des herrschenden Wahlsystems. Daß die Arbeiterschaft zum großen Teile heute noch ihre Vertretung in der Sozialdemokratie findet, ist sehr zu bedauern. Daß sie, die Arbeiter, aber ein Recht darauf haben, daß ihre politische Meinung gehört wird, kann auch nicht bestritten werden. Einen großen Teil der Arbeiter gleichsam dadurch zu entrechten, daß man ihnen ein Wahlrecht beläßt, mit dem sie nichts anfangen können, ist unliberal und unstaatsmännisch. Daß die Konservativen bei Besprechung des Wahlrechts im Abgeordnetenhause sich gegen jede Reform erklärt haben, mußte überraschen. Eine solche Haltung führt Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie.

Die auf die Wahlreform bezüglichen Sätze des Wahlaufrufs sind genau das Gleiche, was in der entsprechenden Resolution des Zentralvorstandes gestanden hat. Nur die formellen Unterschiede zwischen Resolution und Wahlaufruf kommen zum Ausdruck. Es steht darin, daß

vom Reichstagswahlrecht abzusehen

ist. Das hat nicht nur den Sinn, daß es jetzt nicht zu erreichen ist — zu erreichen ist es allerdings nicht, die Frage ist nicht praktisch — es bedeutet auch eine grundsätzliche Stellungnahme. Es denkt kein Nationalliberaler daran — das muß gegenüber der Verleumdungssucht stets von neuem festgestellt werden — das Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Etwas anderes ist es aber, wie wir uns zu einer bevorstehenden Reform in Preußen verhalten wollen. Im preußischen Landtag liegt die Hauptarbeit doch bei den Kulturfragen, die bestritten werden von den steuerkräftigen Elementen. Also: eine ganz andere staatliche Grundlage erfordert auch ein anderes staatliches Wahlrecht. Wir haben uns im Zentralvorstand einmütig dahin geeinigt:

Von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts ist abzusehen.

Das ist unsere programmatische Erklärung für diese Wahl. Die indirekte Stimmabgabe ist vollkommen veraltet. Das letzte, aber nicht das unbedeutendste ist die Frage der geheimen oder öffentlichen Stimmabgabe. Früher waren in der Beziehung gewisse Gegensätze auch in unserer Partei. Aber diese Gegensätze verpflüchtigen sich immer mehr. (Bravo!) Jetzt steht es wohl so, daß immer größere Kreise unserer Freunde rufen:

Weg mit der öffentlichen Stimmabgabe!

(Stürmisches Bravo.) Das ist erreicht worden durch die staatsmännische Einsicht der hochverdienten Mitglieder unserer Partei, die auf anderem Standpunkt standen. Und dann vergesse man doch nicht, daß jedes Wahlrecht sittlich sein muß. Man kann, wie Hans Delbrück richtig gesagt hat, breite Wählerschichten nicht dauernd vor den Zwiespalt stellen, zwischen Martyrium oder Charakterlosigkeit zu wählen. M. H.! Wir müssen versuchen, eine andere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses zu erzielen, und dazu muß uns jedes Mittel recht sein. Wir müssen vor allem verlangen, daß nicht der amtliche Apparat für diese oder jene Seite in Aktion tritt. Der Ministerpräsident und der preußische Minister des Innern haben das ja auf meine Vorhaltungen bereitwilligst zugestanden. Aber wer die Verhältnisse, zumal im Osten, kennt, weiß, daß es eine stärkere Stelle gibt: den Landrat und den Amtsvorsteher. Wir können nicht mehr dulden, daß der amtliche Apparat zugunsten einer Partei in Kraft gesetzt werde. Wir wollen Freiheit der Wahl."

Nach einer kurzen Frühstückspause begann in der vierten Nachmittagsstunde die Diskussion über den

Wahlaufruf.

Der Wahlaufruf im ganzen wird einstimmig angenommen. Zum Schluß legt Amtsrichter Dr. Menke ein Wahlbündnis mit den Linksliberalen an. Die Anregung wird vom Vorsitzenden dankbar akzeptiert, die weitere Erledigung aber dem geschäftsführenden Ausschuß und dem Zentralvorstande überlassen. Geh. Justizrat Krause gibt der Genugtuung über den überaus erfreulichen und einträchtigen Verlauf der Verhandlungen Ausdruck. Dann wird der Parteitag mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

* * *

Der Wahlaufruf der Nationalliberalen Partei

hat nach Beschluß der Magdeburger Tagung folgenden Wortlaut:

Die nationalliberale Partei hat maßgebenden Anteil an den Errungenschaften im Reiche. Sie ist berufen und gewillt, auch in Preußen im politischen Kampfe die Führung zu übernehmen. Ihre Grundsätze sind hier wie dort die gleichen:

Dem nationalen Gesichtspunkt bedingungslos den Vorrang vor allen anderen Rücksichten einzuräumen —

in der Wirtschaftspolitik nicht einseitigen Interessen zu dienen, sondern den Ausgleich aller Interessen anzustreben —

über den wirtschaftlichen und materiellen Fragen die geistigen und ideellen nicht zu vernachlässigen —

nicht mit hochtönenden Schlagworten und leeren Demonstrationen einer wohlfeilen Popularität nachzujagen, sondern durch ausführbare Vorschläge und praktische Maßnahmen greifbare Erfolge zu erzielen.

Daß Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Beamte und Bevölkerung nicht feindliche Gegensätze dar-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080427016/fragment/page=0002

stellen, sondern auseinander angewiesen sind, um im Austausch ihrer Leistungen und im Zusammenwirken ihrer Kräfte für sich und für die Gesamtheit das Beste zu erringen — an dieser so oft von uns geäußerten und betätigten Ueberzeugung halten wir fest. Niemals darf im Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte außer acht gelassen werden, daß eine Gemeinsamkeit der Interessen die Grundlage des nationalen Wirtschaftslebens bildet.

Die Neuregelung unseres Mädchenschulwesens, das bisher auf unzureichender Grundlage beruht und große und besonders strebsame Teile unseres Volkes der notwendigen Förderung entbehren läßt, darf nicht länger verzögert werden.

Gleich den Lehrern müssen die Geistlichen und Staatsbeamten endlich der dringend notwendigen Gehaltsaufbesserung teilhaftig werden.

Für ein dringendes Erfordernis erachten wir die Reorganisation der gesamten staatlichen Verwaltung. Es gilt, das Verfahren unserer Behörden zu vereinfachen und entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung zeitgemäß umzugestalten.

Nachdrücklich fordern wir die schleunige Inangriffnahme der Reform des preußischen Landtagswahlrechtes. Von der Einführung des Reichstagswahlrechtes ist abzusehen. Die Reform hat den veränderten tatsächlichen Zuständen und dem Rechtsbewußtsein unserer Zeit zu entsprechen. Deshalb verlangen wir eine Neueinteilung der Wahlkreise, die jedoch nicht einseitig die Bevölkerungsziffer berücksichtigen darf, sondern der geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der verschiedenen Landesteile und Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen hat. Wir verlangen bei der Bemessung des Wahlrechts des einzelnen Bürgers neben der Bewertung der Steuerleistung die Heranziehung ideeller Momente, die den Wert der Einzelpersönlichkeiten für den Staat bestimmen. Wir wollen endlich, um dem Wähler zu ermöglichen, das ihm anvertraute Wahlrecht frei und uneingeschränkt auszuüben, die indirekte durch die direkte, die öffentliche Stimmabgabe durch die geheime ersetzen.

Ausland.

Großbritannische Sorgen.

Der unruhige Stamm der Mohmands zwischen der indischen und der afghanischen Grenze macht den Engländern erheblich mehr zu schaffen als die Jakla Khel, deren Niederwerfung in drei Tagen gelang. Schon ist es zu einem Kampfe gekommen, in dem die Engländer mehr Tote hatten als während jener Expedition überhaupt. Die Mohmands versuchten gestern, wie ein Kabeltelegramm aus Bombay meldet, das englische Lager zu umgehen. Es kam zum Kampf, bei dem die Engländer 62 Tote und Verwundete hatten. Tausende von Afghanen schlossen sich den Mohmands an. Agenten von Jellabad liefern den feindlichen Stämmen große Mengen von Gewehren und Munition. Die Mullahs predigen den heiligen Krieg. Ueber die Aufnahme dieser Nachrichten in England wird berichtet: Selbst die liberale Presse ist sehr ungehalten darüber, daß die Regierung dem Publikum genaue Nachrichten über die Vorgänge an der indischen Grenze vorenthält. Jedenfalls sind auch britische Offiziere unter den in dem letzten Nachtkampf Gefallenen.

Marokko.

General d'Amade telegraphiert vom 24. aus Kasbah Ben Ahmed, daß eine kleine Abteilung der französischen Truppen Ruhe und Sicherheit auf dem Gebiete der Achach herstellte, von denen zwei Kaids ihre Unterwerfung gaben. Zahlreiche Bergbewohner hatten sich in die Berge geflüchtet, deren Abhänge von einer großen Zahl marokkanischer Reiter bedeckt waren. Die Marokkaner wurden bis Oued Tunedja zurückgetrieben. Nachmittags besetzten die französischen Truppen die Anhöhen am linken Flußufer, worauf der Rückzug des Feindes in offene Flucht ausartete. Die französischen Truppen, von denen fünf Mann verletzt wurden, sind sodann unter Führung des Generals d'Amade nach Kasbah Ben Ahmed zurückgekehrt. — General d'Amade telegraphiert unter gestrigem Datum aus Kasbah Ben-Ahmed, daß alle umwohnenden Stämme sich unterworfen haben.

Kleine Tagesnachrichten.

— Der Wiener Bürgermeister Dr. Lueger hat anläßlich der bevorstehenden Huldigung der deutschen Bundesfürsten in Wien einen Aufruf erlassen, in dem er die Bewohner der Stadt Wien auffordert, den Gästen einen würdigen Empfang zu bereiten.

— Dem russischen Finanzminister Kokovzow ist der Alexander-Newskyorden mit Brillanten und dem ehemaligen russischen Statthalter der fernen Ostens, Reichsratsmitgliede Generaladjutanten Alexejew, der Alexander-Newskyorden verliehen worden. Der russische Reichsratspräsident Akinow ist zum Staatssekretär des russischen Kaisers ernannt worden.

Provinzial-Nachrichten.

Vom Wächter erschossen.

Modelwitz, 26. April. Der Gutsnachtwächter R. traf morgens gegen ¾1 Uhr an den in der Nähe der Rittergutsziegelei belegenen Kartoffelmieten drei Männer beim Kartoffelstehlen. Als der Nachtwächter die Diebe anrief, wurde er von ihnen angegriffen und mit Knüppeln bedroht. Er gab zunächst einen Revolverschuß in die Luft ab und zog sich in der Richtung nach dem Gutsgehöft zurück. Da er von den Dieben verfolgt wurde, feuerte er noch zwei weitere Schüsse ab und rief im Gutsgehöft nach Hilfe, worauf die Diebe die Flucht ergriffen. Bei einer Begehung des Tatortes fand man zunächst einige Säcke Kartoffeln, ein Stück weiter hin einen der Diebe schwer verletzt und bewußtlos am Boden liegen. Neben ihm lag ein starker Knüppel, mit dem er dem Nachtwächter zu Leibe gegangen war. Der sofort zur Stelle geholte Schkeuditzer Arzt leistete dem Verletzten die erste Hilfe und ordnete dessen sofortige Ueberführung in das Krankenhaus St. Jakob in Leipzig an. Der Verletzte ist der Arbeiter Ernst Pittorf von hier, Vater von sechs kleinen Kindern. Der Mann ist seiner Verwundung erlegen. Die Kugel war ihm durch den Kopf gegangen.

Eisenbahnunfall.

Erfurt, 27. April. Nach amtlicher Meldung fuhr gestern nachmittag 3 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe eine leer fahrende Lokomotive infolge zu schneller Fahrt auf den letzten Wagen des in der Abfahrt begriffenen Personenzuges 405 leicht auf. Neun Personen erlitten leichtere Verletzungen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Vom Mord in der Arndtstraße.

)(**Leipzig**, 26. April. Zum Mord in der Arndtstraße ist noch folgendes Nähere zu berichten: Der Mörder, der 19jährige Grubenarbeiter Edwin Max Ponikau, der mit seinem Bruder schon seit Jahren in Feindschaft lebte, kam gestern kurz vor Mittag in die Ponikausche Wohnung. Wahrscheinlich hat er von seiner Schwägerin Geld und Kleider verlangt und, da ihm beides verweigert wurde, ihr mit einem mitgebrachten Messer die Kehle durchschnitten. Ohne sich weiter um sein Opfer zu kümmern, erbrach er mehrere Behältnisse, eignete sich eine silberne Damenuhr mit goldener Kette und einen Geldbetrag von ungefähr 10 Mk. an und verließ dann die Wohnung, die er sorgfältig verschloß. Den Schlüssel wie auch das blutige Messer nahm er mit sich. Erst gegen 1 Uhr wurde die Frau, in einer großen Blutlache liegend, von Nachbarsleuten aufgefunden, deren Aufmerksamkeit die zu Tode Verwundete durch fortwährendes Klopfen erregt hatte. Mit dem Aufgebot der letzten Kräfte gelang es ihr noch in das Buch, das ihr der herbeigerufene Polizeiwachtmeister hinhielt, zu schreiben, daß ihr Schwager Edwin Max Ponikau der Täter sei. Nähere Angaben konnte sie nicht mehr machen, da sie infolge des großen Blutverlustes in Ohnmacht fiel. Ihr Mann, der in einer Gießerei in Plagwitz arbeitet und rasch herbeigerufen wurde, und die beiden nichts ahnenden, auf der Straße spielenden vier- und fünfjährigen Kinder fanden nur die leere, vom Blute der Frau und Mutter besudelte Wohnung. Die Polizei nahm indessen sofort die Spur des des Mordes Verdächtigen auf, und es gelang einem hiesigen Kriminalbeamten mit Hilfe zweier Gendarmen den Mörder noch gestern abend in Völtz zu verhaften, wo er in einer Grube gearbeitet hatte und wahrscheinlich seine Habseligkeiten noch holen wollte. Am Abend noch wurde E. Max Ponikau dem Untersuchungsrichter zugeführt. — Das Befinden der Frau Ponikau ist unverändert, ihr Zustand bedenklich. Sie dürfte wohl kaum mit dem Leben davon kommen.

Die vierte Wagenklasse an Sonntagen.

Dresden, 25. April. Offiziell wird jetzt bestätigt, daß vom 1. Oktober 1908 ab auf den Sächsischen Staatsbahnen auch an Sonntagen Wagen vierter Klasse geführt werden. Heute abend ist nämlich im Landtage der Bericht der Finanzdeputation B über Kapitel 16, Titel 18, des ordentlichen Etats für 1908/09, betr. Vermehrung der Personen- und Güterwagen, ausgegeben worden. Darin ist ein Regierungsschreiben vom 2. April abgedruckt, in welchem es wörtlich heißt: „Wenn in Frage gezogen worden ist, ältere Wagen dritter Klasse als Wagen vierter Klasse einzurichten, so wird man vorerst die Erfahrungen abzuwarten haben, die in dem kommenden Winter mit der für den 1. Oktober in Aussicht genommenen Einführung der vierten Wagenklasse an Sonn- und Festtagen zu machen sind."

⊞ **Werderthau** (Bitterfeld), 26. April. (Feuer durch Blitzschlag.) Sonnabend abend wurde durch Blitzstrahl bei Gastwirt Günther in Cosseln der Dachstuhl in Brand gesetzt. Es gelang zwar, den Brand zu löschen, doch ist viel Schaden angerichtet.

× **Frankleben**, 26. April. (Schlimme Gäste.) Infolge der bedeutenden Entwicklung der Kohlenindustrie in unserm Geiseltale werden hier 6—800 fremde, namentlich polnische und italienische Arbeiter beschäftigt, durch die unsere früher so friedliche Gegend vielfach beunruhigt wird. So wurden beispielsweise in vergangener Woche 3 Einbruchsdiebstähle und 1 Ueberfall verübt. In Kötzschen brachen Diebe in Abwesenheit des 2. Lehrers in dessen Wohnung und stahlen Kleidung, Wäsche und 1 Fahrrad. Den schon abgehängten Regulator ließen sie liegen. In Niederbeuna wurden dem Maurer Wolf 16 Hühner gestohlen und gleich im Stalle abgeschlachtet. Auf dem Bahnhof Niederbeuna hatten es die Diebe wahrscheinlich auf die Stationskasse abgesehen. Sie drückten eine Scheibe ein und stiegen in den Warteraum, konnten aber hier nicht weiter, da alle Türen verschlossen waren, sodaß sie unverrichteter Sache wieder abziehen mußten. Bis jetzt sind die Diebe noch unbekannt. Auf der Kannaer Chaussee wurde ein Radfahrer, der in Merseburg Einkäufe besorgt hatte, von vier fremden Arbeitern überfallen und ihm die Waren abgenommen. Hinzukommende Feldarbeiter verhalfen ihm aber wieder zu seinem Eigentum.

* **Bitterfeld**, 25. April. (Starke Preisunterschiede.) Sehr zahlreich waren die Bewerbungen um die Arbeiten und Lieferungen bezüglich des Gestühls für den Neubau der hiesigen evangelischen Kirche. Außer hiesigen Firmen beteiligten sich solche aus Berlin, Halle, Mühlhausen, Potsdam, Erfurt, Wernigerode, Hannover, Eisenach, Dessau, Eberswalde und Mansfeld an der Submission. Sehr auffällig ist die Differenz bei den geforderten Preisen. Diese zeigen bei den Tischlerarbeiten folgende Schwankungen: Los 1: 2202—5244 Mark, Los 2: 1010—2447 Mk., Los 3: 898—2170 Mk., und 4: 288—725 Mk. Bei den Holzbildhauer-Arbeiten differierten die Preise wie folgt: Los 5: 274—1605 Mk., Los 6: 84—625 Mk. und Los 7: 36—288 Mk.

δ **Thale**, 24. April. (Die drei Einbrecher,) die vor einigen Tagen den Einbruch bei der Witwe Mohnke verübten und für 4000 Mark Wertsachen gestohlen haben, sind nach telegraphischer Mitteilung an die hiesige Polizeiverwaltung in Wien festgenommen. Die gestohlenen Gegenstände sind zum Teil noch bei ihnen vorgefunden worden.

)(**Walsleben** (Altmark), 24. April. (Der falsche Bräutigam.) Zu einer großen Hochzeit hatten sich am Donnerstag zahlreiche Gäste von nah und fern eingefunden. Als das junge Paar bei dem Standesbeamten erschien, stellte sich heraus, daß die Trauung nicht stattfinden konnte, denn es war statt des Bräutigams — aus Versehen! — dessen vier Jahre älterer Bruder aufgeboten worden. Da nun zur Hochzeit alles hergerichtet war, so entschloß man sich trotzdem, die Hochzeit gehörig zu feiern und die Trauung später nachzuholen.

+ **Saalfeld**, 27. April. (Erstochen.) In der Nacht zum Sonntag fand in der Nähe des hiesigen Bahnhofes eine große Messerstecherei statt, bei der der Arbeiter K. aus Katzhütte so schwer zugerichtet wurde, daß er in der vergangenen Nacht seinen Verletzungen erlag. Sechs der Täter wurden verhaftet.

)(**Eisenach**, 26. April. (Endlich bestätigt.) Assessor Hartmann-Karlsruhe, vordem Bürgermeister in Waltershausen, ist nach einer Wartefrist von vier Monaten als Bürgermeister von Eisenach bestätigt.

* **Ilmenau**, 25. April. (Ein frevelhafter Anschlag,) der anscheinend eine Zugentgleisung herbeiführen sollte, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht vom ersten zum zweiten Osterfeiertage auf der Strecke Ilmenau-Plaue versucht worden. An der Stelle, wo der Zug sich, von Ilmenau kommend, erst durch eingesprengte Felsen hindurchwindet, um dann bei dem Dorfe Angelroda in Kirchturmshöhe über den bekannten Viadukt zu gehen, war eine Telegraphenstange quer über das Gleis gelegt. Wenn am frühen Morgen die Stange nicht entdeckt worden wäre, hätte ein Unglück geschehen können. Der erste Zug geht nämlich von Ilmenau ab und hat dort nach Plaue zu ein ziemlich starkes Gefälle. Wegen der Kurven hätte der Lokomotivführer das Hindernis nicht rechtzeitig sehen können. Von den nichtswürdigen Tätern fehlt jede Spur.

✤ **Leipzig**, 26. April. (Todessturz vom Dache.) Gestern nachmittag ist in dem Brockhausschen Grundstück an der Querstraße 16 der Klempnergeselle Oskar Dauert bei Ausführung von Dacharbeiten vier Stock hoch in den Hof herabgestürzt. Der Unglückliche war sofort tot. Der junge, 22jährige Mann war schon vorher durch die leichtsinnige Art wie er auf dem Dache hantierte, aufgefallen.

Kunst und Wissenschaft.

Triumphe der Berliner Philharmoniker in Paris. Richard Strauß, der sich mit dem Philharmonischen Orchester auf einer Konzertournee befindet, hat gestern unter lebhaften Ehrungen sein erstes Konzert in der französischen Hauptstadt gegeben. Bis auf das letzte Plätzchen ausverkauft war das Châtelet, das größte Pariser Privattheater. Am lebhaftesten waren die dem Dirigenten und Philharmonikern geltenden Zurufe nach dem Karfreitagszauber und der „Oberon"-Ouvertüre. Die hervorragend schöne Aufführung der Beethovenschen siebenten Sinfonie und Strauß' „Eulenspiegel" fanden gleichfalls ein sehr dankbares Publikum. Für das zweite Konzert der Philharmoniker sind alle Plätze vollkommen ausverkauft. Der Konzertarrangeur Astruc mußte, weil es unmöglich war, ein drittes Konzert zu geben, Vormerkungen zu einem Betrag von mehreren tausend Francs zurückweisen.

Die französischen Studenten, die z. Zt. in Deutschland als Gäste weilen, statteten der Technischen Hochschule in Berlin einen Besuch ab. Im Namen des Lehrerkollegiums empfing Professor Grantz die Gäste im Senatszimmer. Er bedauerte in seiner Ansprache, daß die Pariser Studenten gerade während der Ferienzeit die Hochschule besichtigten, wo es ihnen unmöglich sei, die Studenten bei der Arbeit zu sehen. Professor Andler von der Sarbonne erinnerte in seiner Dankesrede an das Schmollersche Wort: „Deutsch sein heißt arbeiten", das ihnen in den Räumen so lebhaft ins Gedächtnis gerufen werde. Unter Führung der Professoren Grantz, de Thiery, Ullmann und Miethe fand ein Rundgang durch die Laboratorien, Zeichen- und Hörsäle statt. Im photochemischen Laboratorium hielt Professor Miethe einen kurzen Vortrag über Farbenphotographie. Im elektrochemischen Laboratorium führte Dr. Gerte gewaltige Hochspannungen von 190 000 Volt vor. Im weiteren Verlauf des Tages besichtigten die französischen Gäste die Döberitzer Heerstraße, die Waldschule, das Ledigenheim sowie das Charlottenburger Schloß und Mausoleum.

Sportnachrichten.

Leipziger Ballspielklub schlägt Dresdener Fußballklub von 1893 mit 4:0.

Berliner Britannia siegt über den Leipziger Wacker mit 2:1.

Rasensport schlägt Lipsia-Sturm mit 6:0.

Die Leipziger Sportfreunde wurden gestern in Braunschweig von der Braunschweiger Eintracht knapp mit 2:1 geschlagen. Halbzeit 2:0.

Sportfreunde 2 und **Leipzig-West 1** spielen 1:1 unentschieden, **Olympia 1b** schlägt Wahrener Pfeil 1 mit 2:1.

In Dresden schlägt Sportklub Sportlust-Dresdensia kombiniert mit 5:1, **Guts Muts** siegt über Bewegungsspieler mit 5:5, **Ring** schlägt Hohenzollern mit 3:1, **Habsburg** schlägt Viktoria mit 5:1.

Die Cricketer schlugen in Wien den Prager deutschen Fußballklub mit 4:0.

In Plauen schlug im Verbandswettspiel Apelles-Plauen den Vogtländischen Fußballklub mit 3:2.

Um die Berliner Fußballmeisterschaft fand am gestrigen Sonntag das letzte Spiel statt. **Germania** siegte nur ganz knapp mit 2:1.

Radrennen zu Dresden um den Großen Osterpreis. 1. Guignard, 2. Verbist, 3. Bruni, 4. Rohl. Preise: 2000, 1500, 1200, 1000 Mark.

Die Radrennen zu Magdeburg kamen am gestrigen Sonntag bei gutem Besuche, aber regnerischem Wetter zur Entscheidung. Den Osterpreis gewann Günther-Köln in 43 Min. 53,4 Sek. gegen Ebert-Leipzig, 3400 Meter zurück, und Schnelle-Magdeburg, 4300 Meter zurück. Im Hauptfahren siegte der frühere Weltmeister Willy Arend nach langer Pause gegen Techmer und Bruns.

Zu Breslau wurde am gestrigen Sonntag die Saison vor etwa 7000 Zuschauern eröffnet. Den großen Frühjahrspreis gewann der Berliner Demke in beiden Läufen. Das 50 Kilometer-Rennen beendete Demke als Erster in 40 Min. 31 Sek. Rayer blieb 200 Meter, Vanderstuyft 700 Meter und Pongs, der wiederholt ohne Führung war, 16 200 Meter zurück.

Zu Berlin-Treptow kam gestern das erste 100 Kilometer-Rennen der diesjährigen Saison zur Entscheidung. 1. Stellbrink-Berlin 1 Std. 21 Min. 40,2 Sek., 2. Rosenlöcher-Dresden 2570 Meter zurück. 3. Schulze-Berlin 7930 Meter zurück und 4. Hoffmann-Berlin 21 670 Meter zurück.

Bei den Radrennen zu Chemnitz gewann den kleinen und großen Frühjahrspreis über 20 und 30 Kilometer Przyrembel, 2. van Gent-Holland, 3. Große-Leipzig.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für den Inseratenteil: Marx Knesebeck; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Frau Schwarz weiss — was weiß Frau Schwarz? — daß Luhns die Wäsche schneeweiß und schön macht, wie kein anderes Waschmittel. — Dies weiß aber nicht nur Frau Schwarz, dies weiß jede tüchtige Hausfrau, jede erfahrene Wäscherin in Deutschland. Luhns ist in jedem besseren Geschäft zu haben, und wo man etwa wieder versucht, Nachahmungen als „echt" oder als „grad' so gut" zu unterschieben, schreibe man direkt an Luhns Seifenfabrik in Barmen, dann wird Ihnen sofort die nächste zuverlässige Verkaufsstelle mitgeteilt. 6135

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080427016/fragment/page=0003

Wähler der III. Abteilung!

Am 29. und 30. April d. Js. findet eine Stadtverordneten-Ersatzwahl statt.

Der Grund, der vor einem halben Jahre zur Ungültigerklärung der Wahl der Herrn Dr. **Steinbrück** geführt hat, ist mit Ende März 1908, mit dem Schlusse des Steuerjahres, **völlig** beseitigt. Daher empfiehlt der **Hallesche Bürgerverein (H. B. V.)** die

Wiederwahl des Herrn Privatdozenten Dr. Steinbrück.

Dr. Steinbrück ist als genauer Kenner der hiesigen landwirtschaftlichen Boden- und städtischen Wohnungsverhältnisse allgemein anerkannt und geschätzt, —

Dr. Steinbrück ist ein ausgesprochener Gegner von jedem Boden- und Wohnungswucher, —

Dr. Steinbrück tritt jederzeit ein für eine Kommunalsteuerpolitik, welche die wirklich Leistungsfähigen mehr wie bisher heranzieht und in gleichem Maße die wirtschaftlich Schwachen entlastet.

Darum, **Handwerker und Gewerbetreibende, Mieter, Lehrer und Beamte:** wählt den Mann, welcher allein die Garantie bietet, daß er eure Interessen wie auch das wahre, allgemeine Wohl der Stadt tatkräftig wahrnehmen wird, — wählt alle den Kandidaten des **Halleschen Bürgervereins (H. B. V.)** 8168

Herrn Privatdozenten Dr. Steinbrück!

In unserem Verlage ist erschienen:

Steuer- und Gebühren-Ordnungen

der

Stadt Halle a. S.

Zusammengestellt und erläutert von

von Holly,

Bürgermeister zu Halle a. S.

Preis geheftet Mk. 2—.

Obige Zusammenstellung der Steuer- und Gebührenordnungen der Stadt Halle a. S. ist eine durch die vor wenigen Jahren erfolgte Reorganisation des Abgabenwesens notwendig gewordene Kodifizierung des zurzeit bestehenden Rechtes. Die den einzelnen Verordnungen an Hand der Staatsgesetze und der ergangenen höchstrichterlichen Entscheidungen beigegebenen Erläuterungen dürften außerordentlich dazu beitragen, ein klares Bild des Gemeinde-Abgabenwesens zu geben. Die Broschüre ist deshalb jedem Bürger unserer Stadt zur Anschaffung warm zu empfehlen. Sie wird nicht unwesentlich dazu beitragen, in allen Kreisen die Ueberzeugung durchdringen zu lassen, daß die Vielgestaltung des Abgabenwesens nur den Zweck verfolgt, die unabwendbare Last der Steuern nicht nur im Geiste der Staatsgesetze, sondern auch mit möglichster Billigkeit und Gerechtigkeit zur Verteilung zu bringen. Die Vielseitigkeit des Inhalts ergibt nachstehende Uebersicht:

A. Ordnungen über direkte Steuern.

1. Einkommensteuer-Ordnung vom 4. März 1895, 2. Grundsteuer-Ordnung vom 8. März 1895, 3. Gewerbesteuer-Ordnung vom 13. Januar 1903.

B. Ordnungen über indirekte Steuern.

4. Immobiliarumsatzsteuer-Ordnung vom 12. September 1905, 5. Lustbarkeitssteuer-Ordnung vom 26. April 1904 in der Fassung des Nachtrags vom 22. Februar 1905, 6. Hundesteuer-Ordnung vom 7. Oktober 1902, 7. Biersteuer-Ordnung vom 6. September 1886 in der Fassung der Nachträge vom 4. Juni 1888 und 29. September 1904.

C. Gebühren-Ordnungen.

8. Gebühren-Ordnung für Benutzung der städtischen Wasserleitung vom 17. Mai 1897, 9. Ortsstatut betreffend Erhebung von Kanalanschlußgebühren vom 20. November 1888/1. Juli 1898, 10. Gebühren-Ordnung für Benutzung der städtischen Kanäle vom 17. Januar 1905, 11. Gebühren-Ordnung für Benutzung der städtischen Desinfektionsanstalt vom 21. April 1903, 12. Ordnung betreffend Erhebung von Baupolizeigebühren vom 12. März 1895.

Halle a. S. Otto Hendel Verlag.

MIGNON-

KAKAO p. Pfund 200, 220 u. 260 Pfg.

SCHOKOLADE p. Tafel 20, 30, 40, 50 u. 60 Pfg.

MIGNON HANDELS-MARKE.

Alleinige Fabrikanten: **David Söhne A.-G.** **Halle a. S.**

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Bitte.

Wie in früheren Jahren bitten wir unsere Mitbürger auch jetzt, **abgelegte Kleidungsstücke bezw. Schuhwerk** an unsere vereinigte Sammelstelle gelangen zu lassen, damit wir dieselben zweckentsprechend an Bedürftige verteilen können. Auf kurze Mitteilung **an das Sekretariat des Vereins für Volkswohl Halle a. S., Salzgrafenstraße 2,** werden die Sachen zu jeder gewünschten Zeit durch einen legitimierten Boten abgeholt.

Prof. Dr. Bangert. **Prof. Dr. Loofs.**

Bader & Halbig, Halle a. S., Merseburgerstr. 163.

Fernsprecher Nr. 159. — Geschäftszeit: 7—4 Uhr.

Sämtliche Schwachstrom-Materialien für die Elektrotechnik.

Elemente, Asphalt-, Wachs-, Guttaperchadraht, Bleikabel u. sonstige Leitungsmaterialien, Isolierrohr, Isoliermaterial, Befestigungsmaterial, Klemmen aller Art, Schalter, Taster, Druckplatten, Läutewerke, Tableaux, Telephon-Apparate, Werkzeuge.

Blitzableiter-Material.

— Man verlange die soeben erschienene Preisliste. —

Lieferung nur an Wiederverkäufer bezw. Installateure.

Impfe 1618

täglich nachm. v. 2—3 Uhr.

Dr. Klautsch,

Kl. Klausstrasse 11, part.

Modernisier-Hüte

erbitte baldigst. (6174

Cl. Leißner, Luden-str. 53.

Gartenfreunde

Zur **Frühjahrsanpflanzung** und **Dekoration** empfehle zu äußerst billigen Preisen: (5474

Rosen,

Ziersträucher, Flieder, Ulmen, Ahorn, Kastanien, Schlingpflanzen, Koniferen, Efeu, Efeuwände u. Stauden, Lorbeerkronen, Pyramiden- und Dekorationspflanzen.

B. Möllers,

Handelsgärtnerei zum „Rosengarten", Halle a. S. Fahrpreis 10 ₰

Welches reelle, bessere Geschäft gibt besseren Leuten **Kleiderstoffe und Wäsche auf Abzahlung?** Off. unter **H. 2740** an die Exped.

Am Fabrikneubau 8172 Artilleriestraße kann **Bauschutt unentgeltlich** abgeladen werden.

Dieser Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt betreffend die „Stormschen Kursbücher" (Verlag C. G. Röder G. m. b. H., Leipzig) bei. Der in dem Prospekt angezeigten Neuheiten wegen können die „Stormschen Kursbücher" erst vom **29. April ab** zur Ausgabe gelangen, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Nur noch 4 Tage!

Gastspiel des **„Hamburger Metropol-Theaters".**

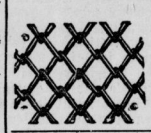
„Die Bade-Engel von Ostende".

Exzentr. Burleske mit Gesang und Tanz in 2 Akten von Ernau-Gwald.

In den Hauptrollen: **die unverwüstlichen Komiker Gau und Lax.** 8177

Stürmischer Lacherfolg!

Hallesche Drahtweberei von C. H. Heiland, Halle a. S.



Drahtgewebe, Drahtgeflechte, Drahtgitter, Drahtseile, Wildgatter, Drahtzäune, mit **eisernen Pfosten,** Toren und Türen sowie alle Drahtarbeiten. 5917

Magdeburgerstr. 61, Fernsprecher 2476.

Bad Neuenahr Grand Hotel Flora.

Bestrenommiertes **Kur-Etablissement** am Platze in bevorzugter, ruhiger Lage für **Zucker-, Magen-, Leber-, Gallenstein-, Nieren- u. s. w. Kranke. Zentralheizung, Personenaufzug, Bäder aller Art, Fangobehandlung u. s. w.** Feinste und kurgemässe Küche. — Moderner Komfort. — **Pension.** — Illustr. Prospekte gratis und franko durch den Eigentümer. **Franz Schroeder.**

Bad Sachsa

am Südharz. **Bevorzugte Waldlage.** Prospekte durch die Badeverwaltung.

Solbad Sooden-Werra Herrliche Lage. Modern. Komf. Vorz. Verpfleg. **Kurhotel Gundlach.** Mäßige Preise. [7524

Bad- u. Kuranstalt Walsburg b. Ziegenrück in Thüringen.

Hervorragender, inmitten herrl. Waldungen geleg. klimat. Kurort m. Kraftgelegt. Anstalt f. alle Arten der natürl. Heilw. Elektr. Lichtheilmethod., gesamt. Wasserheilverf. einschl. kohlens. Thermal-, Stahl-, Moor-, Sool- etc. Bäder. Massage, Heilgymnastik, Fluß- u. Wellenbäd. i. d. freien Saale sind verb. m. d. umfangr. Luft-, Licht- und Sportbad. Pensionshaus mit 70 kom. Zimmer Elektr. Beleuchtg. Zentralheiz. Billard-, Musikzimmer, geräuschlose Kegelbahnen, Tennisplätze. Ruder- und Angelsport. Große eigene Ökonomie. Eigene Jagd. Prosp. d. d. dirig. Arzt Dr. Nd. Müller oder die Badeverwaltung.

Saal der Loge zu den fünf Türmen, Albrechtstrasse.

Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr

Abschieds-Soiree

von

Robert Nonnenbruch,

unter gütiger Mitwirkung von **Gertrud Rein,** Konzertsängerin und **Ernst Alves,** Mitglied des Stadttheaters. [4968

Klavierbegleitung: **Fritz Volkmann.**

Konzertflügel „Blüthner" aus dem Magazin B. Döll.

Lieder von **R. Franz, Hugo Wolf, Weingartner, Humperdinck.** Gedichte von Goethe, Schiller, G. Hauptmann, Lilienceron, Max Möller und R. Nonnenbruch.

Karten zu Mk. 1.55 und 1.05 in der Hofmusikalienhandlung **Heinrich Hothan,** Gr. Ulrichstr. 38 u. a. d. Abendkasse.

Kunstgewerbe-Verein.

Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr, im unteren Saal der Loge **„Zu den 3 Degen",** am Paradeplatz,

Vortrag von Herrn **Dr. Georg Lehnert** aus **Berlin** über die

Pforzheimer Goldwarenindustrie.

Mit dem Vortrag ist die Vorführung von Lichtbildern sowie eine Ausstellung von Erzeugnissen der Pforzheimer Goldwaren-Industrie verbunden.

Gäste willkommen. 8168

Der Vorstand des Kunstgewerbe-Vereins.

G. Wolff.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 28. April

Sondervorstellung bei aufgehob. Ab. — Umt. ungültig.

Die Walküre.

Handlung in 3 Aufzügen von Richard Wagner.

Personen:

Siegmund	Rupert Gogl.
Hunding	M. Birkholz.
Wotan	**Karl Perron.**
Sieglinde	Sofie Wolf.
Brünnhilde	Olga Agloda.
Fricka	Rosie Sebald.
Gerhilde	Lilly Mothes.
Ortlinde	E. Leydenheimer
Waltraute	Luise Meiling.
Schwertleite	Rosie Sebald.
Helmwige	Alice v. Boer.
Siegrune	Anni Kühns.
Grimgerde	E. Engleder.
Rossweiße	Wicki Wallner.

Walküren

Anf. 7 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Neues Theater

Direktion: E. M. Mauthner.

Dienstag: **Manöverkind**

Mittwoch: **Manöverkind.**

Nachm. 4 Kleine Preise: **Toller Einfall.**

Auswärtige Theater.

Dienstag, den 28. April 1908:

Altenburg. Hoftheater: Der Evangelimann.

Dessau. Hoftheater: Manfred.

Leipzig. Neues Theater: Der Widerspenstigen Zähmung. — Altes Theater: Der Mann mit den drei Frauen.

AMERICAN DIRECTION HENRY DE VRY

Walhalla-Theater.

Neu! Neu!

Berlin bei Nacht!

Weltstadt-Cabaret mit dem

Berliner Original-Cabaret-Typen

Hildegard Bork
Trude Walde
Georg Bauer u. s. w.

Ferner:

Reeck

Henry de Vry

Girandet, Boston
Schadow u. s. w.

Wintergarten

im Café

täglich von abends 7½ Uhr an konzertiert das [4535

Künstler-Ensemble „Styria"

Solisten ersten Ranges.

---

3 D.

1./5. 6½ L. A. T. 8171

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080427016/fragment/page=0004